

Cross-Border



Wer heute will, dass seine Fäkalien in den Händen der Bochumer Komune bleiben, sollte schon morgen dafür unterschreiben

Seite 3

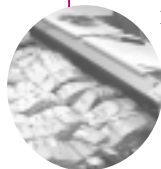
Burschis



Wenn Burschis auf einer Gedenkveranstaltung für Naziopfer auftauchen, denkt sich kaum jemand was dabei

Seite 3

Niederlande



Die neue Regierung der Niederlande ist zwar formal linker als die vorherige, aber sie stinkt trotzdem immer noch zum Himmel

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



AStA fordert BochumerInnen zum Protest auf Naziaufmarsch am 22. Februar

Für den 22. Januar haben Bochumer Neonazis erneut einen Aufmarsch in der Bochumer City angekündigt. Der AStA der Ruhr-Universität fordert alle BochumerInnen auf, sich dieser Provokation entgegenzustellen, sich an den Gegenaktivitäten zu beteiligen und so klar zu machen, dass Bochum keinen Raum bietet für rassistische und antisemitische Hetze.

Bereits am 28.12. letzten Jahres und am 4. Januar diesen Jahres waren bis zu 150 der militanten Neonaziszenen zuzuordnende Rechtsextreme durch Bochum marschiert, geschützt durch starke Polizeikräfte. Der neuerliche Aufmarsch wurde jetzt von dem bekannten Bochumer NPDKader Claus Cremer unter dem denkwürdigen Motto „Gegen Globalisierung - Freiheit für Wattenstein - Freiheit für Deutschland“ angemeldet und soll, wie die Polizei gegenüber der bsz bestätigte, am 22. Februar gegen 14 Uhr am Bochumer Hauptbahnhof starten. Für den AStA der Ruhr-Universität stellt dieser „erneute Aufmarschversuch der neonazistischen Szene eine Provo-

kation da, der sich alle zivilgesellschaftlichen Kräfte Bochums entgegenstellen sollten“, so Thilo Machotta vom AStA-Öffentlichkeitsreferat.

Wegsehen keine Alternative

Während sich am 18.12. und 4.1. hauptsächlich organisierte AntifaschistInnen an den Protesten gegen die Naziaufmärsche beteiligten, hatten sich am 18. Januar rund 900 BürgerInnen aus dem gesamten demokratischen Spektrum eingefunden, um ein Zeichen gegen neofaschistische Aufmärsche zu setzen. Der Superintendent der evangelischen Kirche, Fred Sobich, rief den Anwesenden zu, Beschäftigungen nicht zu folgen, die da hießen, man solle sich von marschierenden Neonazis nicht provozieren lassen. „Wir lassen uns provozieren!“, erklärte er, denn es müsse für Bochumer Bürgerinnen und Bürger eine Selbstverständlichkeit sein, an Kundgebungen gegen Rassismus und Neonazismus teilzunehmen. Dieser Forderung schließt sich auch der AStA der RUB an und ruft die Bochumer Bevölkerung und u.a. alle Studierenden der RUB zu Protesten auf. „Für den 22. Januar sollten sich daher über politische Grenzen hinweg alle BürgerInnen unserer Stadt an den Aktivitäten gegen den Aufmarsch der extrem Rechten beteiligen“, so Thilo Machotta vom AStA-Öffentlichkeitsreferat. Neben dem AStA rufen bereits verschiedene Organisationen wie das Bochumer Antifaplenum und das Friedensplenum zu Gegenaktivitäten auf. Da der Aufmarsch der Rechten in diesem Fall erheblich früher bekannt ist als Anfang des Jahres, hofft man auf eine rege Beteiligung an möglichen Gegendemonstrationen.

Dass es keine Alternative sein kann, die Neonazis zu ignorieren, dürfte auch klar sein. Ist doch hinlänglich bekannt, dass die Rechten in erster Linie nicht auf eine Auseinandersetzung ihrer Aufzüge bedacht sind. Für sie ist entscheidend, ihre Szene zu festigen, den einzelnen ein Gefühl der Stärke zu vermitteln und gerade vermeintlich „KameradInnen“ an die rechte Szene zu binden. So verwundert es kaum, dass wieder ein Aufmarsch in Bochum angemeldet wurde - fanden die letzten beiden doch ohne große Behinderungen statt. Eine Mitschuld tragen somit auch die Bochumer Behörden, welche keine Anstrengungen unternommen hatten, die Aufmärsche zu verhindern.

Auf Grund dieser Tatsache erscheinen die „Bemühungen, Versammlungen von Angehörigen der rechten Szene im Bereich Bochum, Herne, Wanne-Eickel und Witten konsequent zu verhindern“, welche die Bochumer Polizei vor zwei Wochen in einer Pressemitteilung angekündigt hatte, wenig glaubwürdig. Zwar hatte man eine Party untersagt, was den Grund für den ersten Aufmarsch darstellte - bei den Aufzügen selbst behinderte man jedoch lieber die GegendemonstrantInnen als sich im Vorfeld um ein Verbot zu bemühen. Auch ein „Treffen“ verschiedener neonazistischer

„Kameradschaften“ in Herne wurde in der letzten Woche nicht unterbunden, so dass die anwesenden Nazis ungestört zu einer Aktion in Dortmund aufbrechen konnten (s. bsz:aktuell).

Deshalb fordert der AStA der RUB alle Bochumer Bürgerinnen und Bürger auf, sich am 22. Februar an den Gegenaktivitäten zu beteiligen: „Machen wir den Nazis klar, dass ihre Aktivitäten in unserer Stadt nicht akzeptiert werden, das in Bochum kein Platz ist für rassistische und antisemitische Hetze.“

Neues vom Anmelder des 28.12.

Falls jemand noch an der menschenverachtenden Gesinnung derjenigen, welche am 22. Januar durch Bochum marschieren wollen, gezweifelt hatte, so dürfte dies durch einen Pressemitteilung, welche dem AStA der RUB jetzt zugeht, ausgeräumt sein. In dieser deckt die antifaschistische Zeitung „LOTTA“ auf, dass der Neonazi Marko Gottschalk, welcher den ersten Aufmarsch in Bochum am 28.12. angemeldet hatte, ein in Deutschland illegales Neonazi-Videomagazin mit dem Absingen des verbotenen sogenannten Hakenkreuzliedes („Hängt den Adolf Hitler den Nobelpreis um...“) eröffnet. Gottschalk ist Sänger der Neonazigruppe „Oidoxie“ aus Dortmund, der Hausband des bundesweiten Anführers der neonazistischen Kameradschaftsszene, Christian Worch. In dem Video sind zudem u.a. Szenen aus Konzentrationslagern, Erschießungen von Schwarzen und Juden sowie Karikaturen der Ermordung von Behinderten zu sehen.

Carsten Draeger

Studienkonten in NRW „auf dünnem Eis“ Rechtsgutachten vorgelegt

Das vierzseitige Rechtsgutachten des Münsteraner Rechtsanwaltes Wilhelm Achelpöhl, das das Landes-ASten-Treffen (LAT) Nordrhein-Westfalen und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) am Montag in Düsseldorf vorlegten, bezweifelt die „Vereinbarkeit dieser Regelung mit dem Sozialstaatsprinzip“: „Die Erhebung der Studiengebühren ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Studierenden erschwert Studierenden die Beendigung des Studiums rechtlich in gleicher, tatsächlich aber in deutlich unterschiedlichem Maße.“

Da die Nichtzahlung der Studiengebühren mit Exmatrikulation geahndet wird und die Höhe der Gebühren (650 Euro) über dem Monatsbedarf einer/eines Studierenden nach den „Hammer Leitlinien“ (600 Euro) liegt, ist „die Einführung von Studiengebühren als subjektive Berufszugangsvoraussetzung nur zulässig, wenn sie den Schutz wichtiger Gemeinschaftsgüter zum Ziel hat“, schreibt Achelpöhl. Ferner stellt das Rechtsgutachten fest, dass zur Erreichung des erklärten Ziels (Verkürzung der Studienzeit) „das Grundrecht (...) weniger einschränkende Mittel“ zur Verfügung stehen.

Fehlende Übergangsfrist

Im Rechtsgutachten macht Achelpöhl deutlich, dass die Übergangsfrist von weniger als einem Jahr bis zur erstmaligen Zahlung der Gebühren (diese werden bereits mit der Rückmeldung fällig) zumin-

dest kritisch ist. Zum Vergleich: die vom Bundesverwaltungsgericht gebilligte Einführung von Studiengebühren in Baden-Württemberg sah eine Übergangsfrist von etwa 1,5 Jahren vor. Die kurze Übergangszeit begründete ferner „Zweifel an der Geeignetheit der Maßnahme“, da Studierende selbst bei bestem Willen ihr Studium in der vorgegebenen Zeit kaum abschließen können. Durch die fällige Gebühr wird sich das Studium eher verlängern, da die betroffenen Studierenden das Geld in der Regel durch zusätzliche Erwerbstätigkeit aufbringen müssen.

Wie schon im Gutachten vom Juli 2002 argumentiert Achelpöhl mit dem durch §10 Satz 1 des NRW-Hochschulgesetzes (Studiengebührenfreiheit) gegebenen Vertrauensschutz. „Es handelt sich um eine grundsätzliche Absage an Studiengebühren und nicht etwas nur um eine Bestimmung, wonach von ihrer Einführung vorübergehend kein Gebrauch gemacht werden soll“. Daher bedürfe es „einer Abwägung zwischen dem Vertrauensschutzesinteresse der bereits immatrikulierten Studierenden und dem Interesse des Gesetzgebers am Erreichen der von ihm verfolgten Ziele“.

Gleichheitsgrundsatz

Laut Achelpöhl verletzt die Einführung von Studiengebühren den Gleichheitsgrundsatz: „Während es für einzelne Studierende kein Problem sein dürfte, diese Gebühr aufzubrin-

gen, stellt dies für andere Studierende, die etwa ihr Studium durch eigene Erwerbstätigkeit finanziert haben, durchaus ein Problem dar. Faktisch bedeutet die Erhebung von Studiengebühren daher die Zuteilung von Lebenschancen nach dem Geldbeutel: Wer es sich leisten kann, darf auch nach Erschöpfung des Bildungsguthabens die deutlich wertvolleren und die Höhe der Gebühr bei weitem überschreitenden staatlichen Leistungen in Anspruch nehmen - wer es sich nicht leisten kann, wird exmatrikuliert.“

„Das Rechtsgutachten macht deutlich, dass es der Landesregierung um Abzocke geht und nicht um die sinnvolle Steuerung des Studiums“, sagte Klemens Himpele, Geschäftsführer des ABS, in Düsseldorf. „Wir werden den ASten in Nordrhein-Westfalen empfehlen, klagewillige Studierende zu unterstützen.“ Deshalb fordern LAT und ABS betroffene Studierende auf, sich an ihre ASten zu wenden. LAT-Koordinatorin Brinkmann kündigte zudem an, dass die weiteren Vorbereitungen zu juristischen Schritten vorangetrieben werden.

Das Rechtsgutachten im Wortlaut ist unter <http://www.abs-nrw.de> einzusehen

:bochumin kürze

Buskarten zur Antikriegsdemo im AStA

Nach wie vor sind noch Karten für die Busfahrt zur bundesweiten Demo gegen den Irak-Krieg am 15. Februar zu haben: Im Sekretariat des AStA der Ruhr-Uni (Studierendenhaus, Raum 005) für 20 Euro das Stück. Abfahrt ist am 15. 2. um 5 Uhr morgens, die Rückkehr ist für kurz vor Mitternacht anvisiert.

Vorbereitend zur Demo können wir die Veranstaltung von Eckart Spoo über „Wie Politik und Medien uns in den Krieg ziehen“ am Mittwoch, 12. Februar empfehlen. Zeit und Ort: 19.30 Uhr, Raum 6 im Bahnhof Langendreer.

Neonazi Gottschalk bloßgestellt

Am Mittwoch dem 5.2.03 demonstrierten in Dortmund-Brechten rund 60 AntifaschistInnen gegen die Aktivitäten des dort wohnhaften Neonazi Marco Gottschalk. Vor dessen Haus (Pfalzstr. 8) wurde eine Kundgebung abgehalten. Marco Gottschalk ist Sänger von Oidoxie - einer der bekanntesten und wichtigsten Nazibands Deutschlands. Sie ist eingebunden in das in Deutschland verbotene Nazimusiknetzwerk „Blood and Honour“. Ein Konzert von „Blood and Honour“ in Spanien mit Oidoxie fand unter der Parole statt: „Wir sind nicht für Musik, sondern für Adolf Hitler und den Nationalsozialismus hier.“ Auch im neuen „Kriegsbericht“, einer Reihe von in Deutschland illegalen Videoproduktionen, in der unter anderem Ermordungen von Schwarzen und Jüdinnen und Juden glorifiziert wurden, treten Oidoxie auf. In ihrem Beitrag auf dem Video spielen sie das verbotene „Hakenkreuzlied“ der Naziband „Radikahl“. Oidoxie waren zudem Mitorganisatoren des bisher größten Neonazikonzerts in NRW, welches im letzten Jahr mit 1.300 Neonazis in Dortmund ungestört in Dortmund stattfinden konnte, Gottschalk zudem Anmelde des Aufmarschs am 28.12. in Bochum.

Als Reaktion marschierten kurze Zeit nach der Aktion etwa 35 Rechte durch Brechten - sie waren nach Polizeiangaben kurzfristig von einem regionalen „Kameradschaftstreffen“ angereist. Während die AntifaschistInnen von der Polizei an der Abreise gehindert und einer Personalienfeststellung unterzogen wurde, konnten die Neonazis ungestört marschieren.



Nie wieder Borbeck

Mit 350-400 teilnehmenden Personen war die von verschiedenen unabhängigen, antifaschistischen Gruppen aus Nordrhein-Westfalen organisierte Demonstration unter dem Motto „Do the right thing - Rassismus bekämpfen. Kein Friede den deutschen Zuständen!“ gut besucht. Viele Jugendliche aus Essen und Umgebung besuchten die Demonstration, um lautstark ihren Unmut über die Vorkommnisse in der Borbecker Zinkstraße und den rassistischen Alltag in Deutschland zu äußern.

Desöfteren versuchten Gruppen von Neonazis, die Demo durch offene Präsenz einzuschüchtern oder TeilnehmerInnen der Demonstration zu photographieren.

Die Polizei änderte die Demonstrationroute willkürlich und kurzfristig; verwehrte es mit Gewalt, durch die Zinkstraße zu ziehen; den Ort der pogromartigen, arbeitsteilig von NachbarInnen und Nazis durchgeführten Vertreibung einer schwarzen Familie, die den Anlass für die Demonstration geliefert hatte. Wie der die Demonstration anmeldende NRW-Landesverband der Initiative Schwarze Deutsche (ISD) mitteilte, begründete der Einsatzleiter der Polizei dies mit der Anwesenheit gewaltbereiten Nazis in der Zinkstraße. Der Versuch der Polizei, diese zu entfernen sei von den AnwohnerInnen unterlaufen worden, welche die Nazis in ihre Häuser aufnahmen. Während die ISD dies nicht überprüfen konnte, berichtete die Antifa Essen Z von „zeitweise bis zu 30 Neonazis, deutlich als solche erkennbar und mit einer NPD-Fahne sowie reichlich Bier ausgerüstet. Die BewohnerInnen und Bewohner der Zinkstraße solidarisierten sich offensichtlich mit diesen Personen.“

Die ISD NRW behielt es sich vor, rechtliche Schritte gegen die Änderung der Demonstration einzulegen. Verständlich, angesichts des Umstandes, dass eben jene Polizei, die die pogromartigen Übergriffe in der Zinkstraße nicht verhindert, nun auch noch das Grundrecht auf Demonstrationfreiheit zugunsten der TäterInnen einschränkte.

AntifaschistInnen aus Essen kündigten in einer abschließenden Rede den BewohnerInnen der Zinkstraße an, weiterhin ein wachsames Auge auf sie zu werfen.

We shall overcome

Wenn Töne Steine zerscherbeln

Mitnichten ist sich die bsz-Redaktion in der Frage einig, welche geschweige denn warum es gute Gründe gegen den kommenden Krieg geben kann oder muss. Dass er jedoch abzulehnen ist, steht außer Frage. Und weil wir immer alles genau wissen wollen, schicken wir ein Kommando auf die Reise, um herauszubekommen, wie die Frage von Krieg und Frieden standesgemäß von Profis behandelt wird.

SPANGDALEM (Rheinland-Pfalz), JANUAR 2003

Vor den Toren des 52. US Air Force-Battalions stehen FriedensaktivistInnen, um tatkräftig ihr Veto gegen den Krieg zu verkünden. In der Tat wirkt ihr Protest auf dem ersten Blick ein wenig kümmerlich, aber dieser Eindruck täuscht gewaltig: Noch während wir uns im PKW dem Stützpunkt nähern, formiert sich aus den im Schlamm sitzenden BlockiererInnen vor der Hauptzufahrt eine Abwehrkette, die offensichtlich wild entschlossen ist, niemanden passieren zu lassen. In gebührendem Abstand halten wir an und nähern uns den PazifistInnen zu Fuß. Mit Presseausweisen und Fotoapparaten bewehrt nehmen wir schließlich ersten Kontakt auf. Manuel Salters (17) bittet um Verständnis, „aber wir stoppen sicherheitshalber auch zivile Fahrzeuge. Die versuchen mit allen Tricks Material und Leute durchzuschleusen.“ Zügig bringt er uns zum „Organisation-Zelt“, wo wir auf Dörte-Anne Unterdörfer-Oberfelde (41) treffen, der Sprecherin der Initiative „Stoppt die Kampfflieger - Öfters einen runterholen“.

Nachdem wir uns als Abordnung der bsz vorstellen, führt sie uns anstandslos durch das Widerstandscamp, über dessen Größe wir uns erst jetzt vollständig im Klaren werden. Etwa 500 KriegseegnerInnen aller politischen und weltanschaulichen Gesinnungen haben hier ihre Zelte aufgeschlagen, um zu verhindern, was in ihrer Macht steht. „Wir machen uns da keine Illusionen“, sagt Unterdörfer-Oberfelde. „Den Krieg werden wir wohl nicht verhindern. Aber die Soldaten sollen wissen, dass wir eine andere Lösung parat haben, als die der Kommisskappe im Pentagon und auf der Hardthöhe.“

In diesem Moment stimmen mehrere Aktive in unmittelbarer Nähe zum Hauptort das ultimative Protestlied „We shall overcome“ an. Und wider unserer Erwartung zeitigt es Erfolge. Die amerikanischen Wachposten verziehen angewidert das Gesicht und stopfen sich kleine Oropax-Kügelchen in die Ohren. Manuel Salters grinst breit: „Offensichtlich eine neue Dienstanweisung. Seit zwei Tagen dürfen sie sich das Zeug in die Ohren stopfen. In der Nacht zuvor sind noch drei Überläufer mit weißer Fahne aus der Kaserne geflüchtet und baten um Gnade.“

Wir erklären unseren beiden Begleitern, daß wir einen Interview-Termin mit Colonel Mueller ergattert haben und bitten sie um Durchlass. Frau Unterdörfer-Oberfelde ist sehr erstaunt, dass sich der „hohe Herr dazu herabgelassen“ habe. Sie selbst habe ihn zu Beginn der Aktionen in der ersten Januarwoche einmal sprechen können. „Er zeigte jede Menge Verständnis und erklärte uns, dass Demokratie auch bedeute, seine Meinung öffentlich kundtun zu dürfen.“ Er aber habe auch seine Meinung gebildet und werde auf jeden Fall den Befehlen des Oberkommandos Folge leisten. „Ein scharfer Hund.“

Neues Konzept für das Campus-Fest 2004

Querenburger Kirmes fällt aus

Nur eine kleine Notiz auf der Uni-Homepage machte in der vergangenen Woche darauf aufmerksam: Das Campus-Fest fällt in diesem Jahr aus und soll ab 2004 mit einem veränderten Konzept stattfinden.

Für die Studierenden ist der Ausfall der Querenburger Kirmes, wie das Campus-Fest treffend genannt wurde, kein allzu großer Verlust.

Sowohl der AstA als auch Fachschaften und studentische Initiativen hatten sich bereits seit mehreren Jahren aus Kritik an der zunehmenden Kommerzialisierung nicht mehr am Campus-Fest beteiligt. Im Laufe der Jahre waren die Studierenden an immer schlechtere Plätze abgedrängt worden. Zuletzt mussten sie das Nordforum für Bierstände und Pommestuben räumen und sollten vor die Hörsäle der G-Reihe umziehen. Zugleich verboten die OrganisatorInnen Fachschaften den Verkauf von Getränken oder die Durchführung anderer Aktionen, um die Fachschaftskassen etwas aufzubessern. Für die unattraktiven Plätze vor den G-Gebäuden sollten die Studierenden zudem Strom- und Standkosten bezahlen.

Für weiteren Ärger nicht nur unter Studierenden sorgte das hohe Preisniveau und die gewaltigen Müllberge und Scherbenhaufen, die nach

Lassen sie sich von ihm nicht um den Finger wickeln!“

Anschließend geht's zurück zum Auto. Wir nähern uns der Absperkette, wo aber die Passierlaubnis noch nicht angekommen zu sein scheint. „An uns kommt niemand vorbei“, schallt es uns entgegen. Vereinzelt hört man ein kräftiges „No pasaran“, aber wir zweifeln nun doch wieder an der Entschlossenheit der Friedensbewegung: Wir kommen mühsam vorwärts, aber mit guten Worten („Wir sind von der Presse“, „Wir müssen hier durch“, etc.), teilweise mit autoritärem Habitus („Platz da!“, „Lassen Sie mich durch, ich bin Arzt“) gelangen wir durch die Abschirmung, die noch vor wenigen Minuten undurchdringlich erschien.

Die Jungs von der amerikanischen Seite sind da schon wesentlich lockerer, was sicherlich mit ihrer verbindlicheren Organisationsstruktur zusammenhängt. Die Wachhabenden sind bestens informiert und lotsen uns zum Besucherparkplatz, wo uns bereits Major J. Slaughter begrüßt, seines Zeichens Chef des Wachbattalions.

Er begrüßt uns überschwänglich und macht auf uns überhaupt nicht den Eindruck eines abgebrühten Drill-Masters. „Kommen Sie bitte mit, Colonel Mueller erwartet Sie bereits in seinem Büro“. So einfach klappt das also.

Wir werden an mehreren bewachten Sicherheitsschleusen vorbei eskortiert und befinden uns plötzlich in einem geräumigen und geschmackvoll dekorierten Büro, durch dessen Panoramafenster das bunte Treiben auf dem gesamten Militärgelände zu beobachten ist. Und mitten im Raum steht ER, Colonel Stephen P. Mueller, Kommandant des 52. Air Force-Battalions. Zwei stechende, graue Augen fixieren uns kurz, und der Anflug eines Lächelns zeigt sich auf seinem markanten Gesicht. „Seien Sie herzlich willkommen auf der US-Air Base Spangdalem, meine Herren!“

Zügig geht's zur Sache. Er schenkt uns persönlich Kaffee ein, und erwartet unsere Fragen. Wir beginnen mit der Bitte um die persönliche Einschätzung, ob ein Militärschlag gegen den Irak notwendig sei. „Das tut eigentlich nichts zur Sache. Ich habe Vertrauen in unsere Regierung, in unsere Demokratie. Wenn unserer Präsident der Meinung ist, ein Angriff sei notwendig, so weiß er, was er von uns verlangen kann. Und so wird es dann auch umgesetzt.“ Nicht sehr ergebnisreich, aber mal sehen. „Mr. Mueller, wie hoch schätzen Sie die Zahl der nicht vermeidbaren Opfer in der Zivilbevölkerung?“ Die Antwort kommt wie aus der Pistole geschossen: „Es ist schon traurig, dass Saddam unschuldige Kinder und Frauen als Geiseln in seinem Land gefangen hält, aber wir beten für sie und werden alles dafür tun, um sie zu schonen.“

Wir haken nach. Wir wollen die geschätzten Opferzahlen. Auch hier trifft die Antwort punktgenau wie eine Stingerkette: „Ihre Frage ist schon reichlich zynisch gestellt. Wir sind doch keine Unmenschen. Wir setzen uns gerade für die Seelen der Gefangenen dieses

blutrünstigen Diktators ein.“

Also gar keine Opfer? „Es ist Krieg, und wir können kollaterale Schäden nicht ganz ausschließen.“

Wir wenden ein, dass die Leute der Friedensbewegung das völlig anders sehen, und auf Nachfrage noch nicht einmal eine Antwort vom Kommandostab erhalten haben. Colonel Mueller sieht sich jedoch für die Beantwortung solcher Fragen nicht zuständig, verweist aber an die Pressestelle des EUCOM, des Stabes der europäischen Streitkräfte. „By the way, was diese Leute vor unserer Haustür abziehen, ist der blanke Krieg. Sie terrorisieren unschuldige Wachsoldaten mit ihren langweiligen Liedern.“ Unser Einwand „That's democracy“ wird einfach nur mit einem Kopfschütteln quittiert. Ein Stoßseufzer und er berichtet, dass er einem Vorschlag „seiner Jungs“ nachgegeben sei, Ohrenschützer zuzulassen und die Wachzeiten zu halbieren. „Meine Jungs sind echte Kameraden. Sie haben selbst dafür gesorgt, dass die Männer am Tor schneller abgelöst werden können, obwohl es garantiert niemandem Freude bereitet, als Posten eingeteilt zu werden – schon gar nicht unter solchen Umständen.“

So schlimm kann es doch nicht sein, oder? Mit leicht grimmigen Grinsen kontert er, dass man sich mit der Friedensbewegung in einem Punkte völlig einig sei: „Es wird Zeit, daß wir langsam von diesem Ort verschwinden.“

Wir packen das nächste heiße Eisen an und fragen nach der zu erwartenden Reaktion, wenn FriedensaktivistInnen versuchen sollten durchzubrechen: „Wir werden selbstverständlich von unseren Schusswaffen Gebrauch machen. Niemand hat das Recht, sich unseren Maschinen ungefragt zu nähern.“ Es wird spannend. Und gerade, als wir glauben, das Gespräch nähme eine interessante Wendung, verpatzen wir es mit unserer nächsten Bemerkung, dass nämlich immer noch eine angemessene Reaktion auf ein solches Vorgehen anstehe, und auch juristische Bedenken im Raum stünden. Immerhin befand sich die Airbase auf deutschem Gebiet.

Und aus! Muellers Augen nehmen uns ins Visier, sie trüben sich ein wenig glasig, und mit mühsam beherrschter Stimme presst er das Wenige hervor, was er uns noch zu sagen hat: „Sie haben in diesem Land KommunistInnen frei herumlaufen, und wagen mich diesbezüglich zu belehren?“ – und nach einer kurzen Pause: „Glauben Sie etwa, Guantanamo gehört zu Kuba?“

Colonel Stephen P. Mueller wendet seinen Blick angeekelt von uns und starrt auf die Wand, während er fast mechanisch auf einen Knopf auf seinem Schreibtisch drückt. Die Tür springt auf, vier Soldaten nehmen uns mit entschulten Gewehren in die Mitte und führen uns in die Arrestzelle.

Und während wir mit Grauen die Blutflecken auf dem Boden und den Wänden wahrnehmen, wissen wir, dass unser letztes Stündlein geschlagen hat. Aber von draußen übertönen die Lieder der Friedensbewegung sogar den Lärm der startenden Flugzeuge und machen uns ein wenig Mut. „Wir wollen wie das Wasser sein. Das weiche Wasser holt den Stein.“

Jorch Schonewerk,
Daniel Kunze-Palakowski

dem Fest noch tagelang herumlagen. Wer dadurch noch nicht abgeschreckt war, ließ sich spätestens durch aggressive Security-Typen und besoffene, prügelnende Nazis davon überzeugen, das nächste Campus-Fest besser sausen zu lassen.

Unifest statt Kirmes

Unter diesen Umständen verwundert es kaum, dass sich AstA und Fachschaften schon länger eine Neukonzeptionierung des Campus-Fests forderten. Mit der Veranstaltungswochen „Sommernachtskultur“ hat der AstA in den vergangenen beiden Jahren ein Forum für studentische Kultur etabliert – nicht zuletzt um ein Gegengewicht zum Kommerz des offizi-

ellen Campus-Fests zu schaffen.

Das neue Campus-Fest ab 2004 soll wieder stärker durch die Uni geprägt werden. „Wir beteiligen uns gerne an Gesprächen über das neue Konzept“, so der stellvertretende AstA-

Vorsitzende Thilo Machotta, „schließlich sind wir sehr daran interessiert, dass es wieder ein Fest an der Uni für die Uni wird. Das Campusfest darf dafür gerne eine Nummer kleiner ausfallen.“ Ein erstes Gespräch mit dem Rektorat, der Agentur Cooltour (der bisherige Veranstalter) und VertreterInnen der Fakultäten hat im Herbst bereits stattgefunden.



BürgerInnenbegehren gegen Cross-Border-Deal Kanalarbeiten

Mit einem Schreiben an den Oberbürgermeister hat die attac Gruppe Bochum das Bürgerbegehren gegen die Cross-Border-Lease-Transaktion des Bochumer Kanalnetzes eingeleitet. Mit dem Bürgerbegehren wird ein Bürgerentscheid angestrebt. Am 21. November 2002 hatte der Bochumer Rat beschlossen, das Kanalnetz an einen amerikanischen Investor zu verkaufen und zurück zu mieten.

Grundlage dieses Geschäftes ist eine Regelung des amerikanischen Steuerrechts, die Auslandsinvestitionen amerikanischen Unternehmen fördern soll. Die im Ausland entstehenden Verluste/Investitionen können in den USA steuermindernd verrechnet werden. Somit kann eine amerikanische Firma oder Firmengruppe die Kosten die ihr durch den angeblichen Erwerb des Bochumer Kanalnetzes entstehen von ihrem zu versteuernden Gewinn absetzen. Einen Teil dieses Steuervorteils gehen als „Barwertvorteil“ an die Kommune (Im Fall des Bochumer Kanalnetzes 20 Mio. Euro).

Tatsächlich werden allerdings schon bei Vertragsschluss alle Zahlungen vollzogen. Somit wird diese Transaktion zu einem reinen Scheingeschäft, das lediglich zur Steuerminde- rung dient.

attac Bochum, der Mieterverein u. a. möchten mit dem Bürgerbegehren diesen „klammheimlichen Verkauf“ verhindern. Stattdessen sollen die BürgerInnen entscheiden, was mit „ihrem“

Kanalnetz geschehen soll. Bis es zu einem Bürgerentscheid kommt, müssen mehr als 12.000 Unterschriften gesammelt werden. Dazu ist bis zum 21. Februar 2003 Zeit.

Dann entscheidet der Rat, ob er trotz des Bürgerbegehrens an seinem Beschluss festhält und einen Bürgerentscheid einleitet oder seinen Beschluss zum Verkauf des Kanalnetzes zurücknimmt. Allerdings könnte die Stadtkämmerin Dr. Ottillie Scholz bis dahin Fakten geschaffen haben: Wird der Vertrag mit dem unbekannten US-Investor vor Abschluss der Unterschriftenaktion unterzeichnet, entsteht eine fragwürdige Rechtsituation. Denn das Bürgerbegehren hat an sich keine aufschiebende Wirkung. Mit einem „schnellen Fakten schaffen“ lässt sich so allerdings jedes Bürgerbegehren aushebeln.

Die wesentlichen Argumente der Bochumer Kritiker sind: Das Kanalnetz Bochums dient der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Vertragsbedingungen schließen eine öffentliche Diskussion des Geschäfts aus. Die Verträge sind im Detail nicht einmal allen Ratsmitgliedern bekannt. Aufgrund der mangelnden Transparenz sind die finanziellen Risiken und die Eigentumsverhältnisse unklar. Damit muss von einer Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgegangen werden. Die Einnahme von ca. 20 Mio. Euro für die Stadt Bochum können nur gezahlt werden, da der „Investor“, ein amerikanischer Trust, der nur für dieses Geschäft gebildet wird, in wesentlichem höherem Umfang seine Steuerlast reduzieren kann.

Ungeklärt bleibt zum jetzigen Zeitpunkt, was die Alternative ist. So richtig der Widerstand gegen die neoliberalen Weissheiten folgende Politik der rot-grünen Stadtregierung ist, gibt es bei den Kri-

tikerInnen kein einheitliches Konzept. Mag es für die einen den Einstieg in eine klar antikapitalistische Politik sein, für die meisten Attacis wenigstens die Verteidigung des Status Quo, stoßen sich viele andere UnterstützerInnen eher daran, dass der Investor aus den USA kommt. Eine rechte Ablehnung der „Globalisierung“ sieht hier wieder einmal die „Raffgier der bösen USA am Werke, die weltweit die Völker unterjocht“. Das ist nicht nur im Bochumer Beispiel absoluter Quatsch. Die imaginierte deutsche Nation als Verteidiger einer national-sozialen Marktwirtschaft zu kreieren ist hier genauso falsch wie mit Schröder gegen amerikani- sche Präventivkriege zu kämpfen. Auf Dauer werden soziale Kämpfe, die im lokalen ausgetragen werden, nicht auf konsequente Kritik an Kapital und der (deutschen) Nation auskommen, wollen sie nicht völkischen Gesinnungsstärkern den Weg eröffnen.

Das Bochumer Bürgerbegehren ist nach dem erfolgreichen Recklinghäuser Bürgerbegehren das zweite Votum auf Mitbestimmung beim großen Geschäft der verschuldeten Ruhrgebiets-Gemeinden.

Um die erforderlichen 12.000 Unterschriften bis zum 21.02.03 zusammenzubringen ist allerdings noch viel Arbeit zu leisten. Alle diejenigen, die sich hieran beteiligen wollen können sich z. B. mit attac in Bochum (attachbochum@umis.de) in Verbindung setzen oder auch selber Unterschriften sammeln. Infoblätter und Unterschriftenlisten können von der Web-Site <http://www.attac.de/bochum> heruntergeladen werden.

Unterschriften können auch während der Einkaufszeiten in der Bude am Husemannplatz geleistet werden. In der Nacht zum 15.2. wird es dazu die „Nacht der tausend Unterschriften“ geben. Attac Bochum ruft auf gemeinsam durch Bochumer Kneipen zu ziehen und über den Cross-Border-Deal aufzu- klären.

Burschen in Wicks bei Weiße-Rose-Gedächtnisvorlesung Unileitung unternimmt nichts

München, den 30.1.2003. Zum 60. Jahrestag der Ermordung der Geschwister Scholl hatte sich die Uni-Leitung einen besonders prominenten Redner eingeladen: Bundespräsident Johannes Rau hielt am 30.1. die Gedenkrede und sorgte dementsprechend für Publikum. Auch zehn Verbindungsstudenten in vollem Wicks, sprich voller Uniformierung, wollten sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Der AStA-Vorstand machte sowohl den anwesenden Kanzler der Universität, Herrn Rust, als auch den persönlichen Referenten des Rektors und ein Mitglied des Rektoratskollegiums darauf aufmerksam, dass die Anwesenheit uniformierter Verbindler generell und im besonderen bei einer derartigen Veranstaltung nicht zu tolerieren sei. „Interessant ist hier auch die Tatsache, dass mit dem in Deutschland geltenden Uniformierungsverbot eine schöne Handhabe da gewesen wäre zu agieren, ohne die politische Gegnerschaft des AStA gegen Burschenschaften teilen zu müssen“, erläuterte dazu die AStA-Vorsitzende Cornelia Fiedler. Mit halbherzigen Begründungen wie beispielsweise der von Herrn Rust,

„ich habe jetzt keine Zeit, ich muss den Prorektoren ihre (mit Namensschildern versehenen, Anm. des AStA) Plätze zeigen“ wurde dieser Aufforderung jedoch nicht stattgegeben.

Dem AStA der Münchner Uni bleibt das Verhalten der Unileitung weiter unverständlich, wie Cornelia Fiedler kommentierte: „Die Weiße Rose steht für den Kampf gegen Faschismus, den Krieg Nazi-Deutschlands sowie den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus. Studentische Verbindungen stehen für eine revisionistische, sexistische und rassistische Politik. Bei einer Gedächtnisvorlesung, die den Mitgliedern der Weißen Rose gewidmet ist, die Anwesenheit



uniformierter Burschenschafter zu dulden, lässt an der Ernsthaftigkeit des Gedenkens und an der Bereitschaft, dieses Gedenken auch in die Tat umzusetzen, mehr als Zweifel aufkommen.“

Protest schlägt Wellen

Auch der studentischer Dachverband fzs vermißte ein Eingreifen der Universitätsleitung bei diesem Auftritt von Verbindern. In einem Brief an den Rektor der Universität München äußerte sich der freie Zusammenschluss von studentischen (fzs) bestürzt über den Vorfall. In dem Brief verwies die bundesweite studentische Interessenvertretung auf die Rolle studentischer Verbindungen als Wegbereiter des Nationalsozialismus: „Gemeinsam mit dem NS-Studentenbund verbrannten vor 70 Jahren Verbindungsstudenten, gekleidet in eben jene Uniformen, die auch auf der besagten Gedenkveranstaltung zu sehen waren, Bücher von 'nichtarischen', oder den Nazis politisch unliebsamen AutorInnen“, heisst es in dem Schreiben. Vor diesen Hintergrund habe der fzs ein Eingreifen des Rektors erwartet.

Auch das LandesAstenTreffen (LAT) NRW als Zusammenschluss der Nordrhein-Westfälischen StudentInnenvertretungen wandte sich schriftlich an den Rektor der Münchner Universität: „Wir haben kein Verständnis dafür, dass von Seiten der Universitätsleitung keine Schritte unternommen wurden, dies zu unterbinden, obwohl Studierendenvertreter den Kanzler auf die Anwesenheit uniformierter Verbindungsstudenten hingewiesen hatten“, heisst es in dem Schreiben der LAT-Koordinatorin Christine Brinkmann.

Auch das LAT-NRW erinnerte dabei an die ablehnende Haltung studentischer Verbindungen gegenüber der Weimarer Republik und ihre Rolle als Verbündete der Nazis.



:bsztermine

Mittwoch, 12. Februar

Diskussionstreffen des Arbeitskreises rote ruhr-uni

Thema: Kapitalismus und Geschlechterverhältnis.
16.00 Uhr, AStA-Raum 13 an der Ruhr-Uni

RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien INPUT – Antifa Themenabend

Einer der Herausgeber des Mitte Dezember 2002 erschienen gleichnamigen Standardwerkes wird auf dieser Veranstaltung einen Überblick über den Komplex der rechten Musik geben. RechtsRock ist zu einem wichtigen Ideologieträger der extremen Rechten geworden und ist als Teil einer rechten Alltagskultur längst in der „Mitte“ der Gesellschaft angekommen. Es soll aber auf der Veranstaltung nicht nur das Phänomen als solches dargestellt und analysiert, sondern auch auf Gegenstrategien eingegangen werden.

19.00 Uhr, Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

US-Außenpolitik auf dem Prüfstand

Ref.: Wolfgang Dominik (angefr.)
Treffen des Dortmunder Friedensforums
19.30 Uhr, Arbeitslosenzentrum, Leopoldstraße 16 - 20, Dortmund

Das Friedens-Plenum lädt ein:

Wie Politik und Medien uns in den Krieg ziehen.
Vortrag und Diskussion mit Eckhart Spoo.
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

AStA-Video Kultnacht

4. Auflage des legendären Videoabends mit zwei bekannten Zeichentrickserien aus den USA
20.00 Uhr, Kulturcafé, Ruhr-Uni-Bochum

Donnerstag, 13. Februar

Konzert zur Kampagne gegen Rechtsrock

mit: Daylight (Recklinghausen), Francis Brady (Essen), Juno & Julai (Münster), Mort (Münster)

Kampagne - we will rock you!

In NRW ist eine drastische Zunahme an Neonazi-Aktivitäten im kulturellen Bereich zu verzeichnen. RechtsRock hat sich zu einem der wichtigsten Ideologieträger für die extreme Rechte entwickelt. Der Dominanz neonazistischer Jugendkultur, die auch in einigen Regionen in NRW zu beobachten ist, muss sowohl politisch als auch kulturell bekämpft werden. Dazu findet derzeit eine Kampagne antifaschistischer Gruppen aus NRW statt.

Eintritt: 4/5 Euro

20.00 Uhr, Druckluft, Am Förderturm 27, Oberhausen

Sonntag, 16. Februar

Radio Bontekoe präsentiert:

Trottel aus Budapest
20.00 Uhr, Wageni e.V., Bochum-Langendreer (gegenüber Bhf. Langendreer)

Montag, 17. Februar

Treffen der Initiative „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“

18.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 4

Antifa Café

Einmal Sheriff sein... - Kommunale Ordnungsdienste wie die Düsseldorfer OSD vertreiben Obdachlose aus den Innenstädten, schikanieren Junkies und jagen Sprayer. Wie kam es zur Entstehung einer solchen Hilfpolizei? Was darf sie, was nicht? Welche Rolle spielt sie im Rahmen neoliberaler Stadtpolitik? Und vor allem: Wie kann man sie los werden? Backgroundinformationen, Denkanstöße und Filmmaterial zum Schmunzeln von der Antifa-ORKA [veget. Volküche]

19.00 Uhr, Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Dienstag, 18. Februar

Sachzwang und Gemüt

Analytische und sarkastische Dialoge mit Thomas Ebermann und Reiner Trampert
Eintritt: 5 Euro
20.00 h, Zeche Carl, Essen



Holland bleibt rechts Comeback von links?

Mitte Januar haben die NiederländerInnen ein neues Parlament gewählt. Exakt acht Monate nach der letzten Wahl im Mai 2002 waren Neuwahlen nötig, weil die Rechtsregierung wegen Unfähigkeit auseinander gebrochen war. Im Mai gab es noch einen Erdrutschsieg der Rechten, dieser konnte überraschen-derweise nicht wiederholt werden.

Seit Mitte der 90er Jahre regierte eine sozialliberale Regierung in den Niederlanden, bestehend aus Rechtsliberalen (VVD), Linksliberalen (D66) und sozialdemokratischer „Partei der Arbeit“ (PvdA). Diese Regierung setzte zwar einen neoliberalen Sparkurs durch und verschärfte regelmäßig das Asylrecht, schaffte es aber trotzdem, sich immer als gemäßigt links zu präsentieren und sich einen liberalen Anstrich zu geben. So setzte diese Regierung z. B. eine vergleichsweise weitgehende, liberale Regelung zur Homoehe durch.

Allerdings häuften sich trotz solch gefeierter Erfolge die Probleme. In den Niederlanden ist die Integration von ImmigrantInnen, die in den letzten dreißig Jahren eingewandert sind, völlig misslungen. So gibt es heute sogenannte „schwarze“ Stadtteile, Schulen, Discos; d.h. Orte, an denen sich weit über 50% MigrantInnen bewegen, während sie anderswo überhaupt nicht präsent sind. Daher lernen MigrantInnenkinder die Sprache schlechter, bekommen nur schlecht bezahlte oder überhaupt keine Arbeit. Deren Stadtteile sind als Folge die sozial schwachen und es kommt zu einer deutlichen Frustration unter den MigrantInnen.

Pim Fortuyn

In den letzten Jahren kam es zu einem rassistischen Schub in den Niederlanden, die MigrantInnen werden selbst für ihre Probleme verantwortlich gemacht. Angeblich würden sie zu wenig für ihre Integration tun bzw. seien einfach zu viele, man könne sie gar nicht alle integrieren etc., heißt es nun. Diese Kritik geht natürlich am eigentlichen Problem vorbei, nämlich eine holländische Bevölkerung, deren Toleranz sich immer nur in Duldung ausdrückt, aber nie integriert. Solange man mit den AusländerInnen nichts zu tun hat, sind

sie einem egal. Das diese Haltung dazu führen muss, dass die AusländerInnen sich ihrerseits in eigenen Gruppen organisieren müssen und es gar keine Integration geben kann, wird nicht thematisiert und daran ändert sich natürlich nichts.

Dem entstehenden Rassismus ging die Regierungspolitik mit ihrer Einschränkung der Immigration nicht weit genug - viele in der Bevölkerung denken nun, dass die Grenzen von Holland möglichst ganz dicht gemacht werden sollen. Diese Meinung verkörperte Pim Fortuyn, der erst in Rotterdam (wo die Teilung der Bevölkerung in „schwarz“ und „weiß“ besonders krass ausgeprägt ist) und danach in ganz Holland Erfolge feierte. Zwischen Februar und Mai 2002 schoss er in den Umfragen von Null auf 15%, und das, obwohl er seinen Rechtskurs während des Wahlkampfes noch verstärkte.

Völker van der G., einem engagierten Tierrechtler, ging dieser offen artikulierten Rassismus erheblich zu weit und er entschloss sich, Pim Fortuyn zwei Wochen vor der Wahl im Mai 2002 zu erschießen - der „erste politische Mord“ in der niederländischen Geschichte überhaupt. Eine Tat, die der Liste des Ermordeten (LPF) noch mehr Sympathien einbrachte und bei der Wahl zwei Wochen später 17% der Stimmen. Damit wurde sie zweitstärkste Kraft im Land.

Die Sozialdemokraten wurden praktisch weggefeht, ihre Stimmenanzahl halbierte sich. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten nicht mehr auf das Volk gehört und sich nicht um die wirklichen Probleme gekümmert. Außerdem wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten den Mord an Fortuyn provoziert, da sie ab und zu halbherzig dessen Rassismus thematisierten (Von einer wirklichen antifaschistischen Gegenbewegung konnte in den Niederlanden keine Rede sein).

Die kürzeste Regierung Hollands

Es bildete sich eine Rechtsregierung unter dem Christdemokrat Balkenende mit VVD und LPF.

Diese zerbrach aber bereits nach 87 Tagen im Amt. Die LPF erwies sich als bunt zusammengewürfelter Haufen, dem ohne Führer nun die Ideen, aber vor allem eine integrierende Kraft fehlte. Es kam mehrmals zu Abspaltungen in der Fraktion und zwei der Minister der LPF beleidigten sich regelmäßig gegenseitig in den Medien, miteinander gesprochen haben sie wohl nicht mehr. Christdemokraten (CDA) und VVD ging das zu weit, sie ließen die Regierung platzen.

Nicht ohne Hintergedanken, so wurde die Regierung in einem Moment aufgelöst, als diese beiden Parteien in den Umfragen gemeinsam eine Mehrheit hatten.

Von Rassisten lernen ...

Die Hoffnung, diese Umfragewerte in einen Wahlsieg umzumünzen scheiterte aber an der PvdA. Diese versicherte nun nämlich den WählerInnen glaubhaft, gelernt zu haben und nun wieder dem Volk zuzuhören. In der Praxis bedeutet dies: den Rassismus so weit zu übernehmen, wie es nur geht. Auch die PvdA hetzt nun offen gegen kriminelle AusländerInnen, die endlich einer Strafe zugeführt werden müssen, ist für schnellere Abschiebung und geringere Immigration etc. Ein Kurs, der sich ausgezahlt hat. Wider erwarten erreicht die PvdA beinahe ihr altes Ergebnis von 1998.

Die geplante Koalition von CDA und VVD war damit nicht möglich, nun bahnt sich eine Koalition zwischen CDA und PvdA an. In der Praxis dürfte sich aber nicht viel ändern, die PvdA hat im Wahlkampf deutlich gemacht, im Bereich der sogenannten inneren Sicherheit jede Schweinerei mitzutragen und auch bei der Sozialpolitik dürfte man bald das berühmte Argument der leeren Kassen von der PvdA hören.

Auch die kleineren linken Parteien haben den Rechtsschwenk mitgemacht. D66 ist nun die Partei, die für die Forderung nach mehr Polizei steht und die holländischen Grünen sind zu Experten für schnelle und humane Abschiebung geworden. Einwanderungsrechte kennen auch sie nur noch für dringend benötigte Ärzte.

Obwohl alle Parteien ihr Programm übernommen haben und trotz erwiesener Unfähigkeit, hat die LPF immer noch knapp 6% bekommen. Damit bleibt sie politische Kraft im Holland und dauerhaft als potentieller Koalitionspartner für CDA und VVD vorhanden. Wenn die PvdA vielleicht doch mal eine Schweinerei nicht mittragen will, hat sich Balkenende diese Option deutlich offen gehalten.

Nach der Wahl wurde in den Medien ein „Comeback von links“ verkündet - in der Praxis ist davon nichts zu merken.

Johannes Bock, z. Zt. in Utrecht

:bsz die Lehrredaktion Fidel Castro

Für diplomatisches Geschick und Feingefühl war der amtierende US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld noch nie bekannt. Ihn zu mögen, nur weil er zur Zeit ein wenig die rhetorische Keule gegen Deutschland auspackt, wäre wohl auch fehl am Platze – wenn ihn auch sein antideutsches Gerede sympathischer macht als seinen Amtskollegen Peter Struck. Doch was er sich da in der letzten Woche geleistet hat, ging nun wirklich zu weit. Vergleich er doch den máximo lider des socialismo tropical auf Kuba mit so einem komischen Hanswurst namens Gehrhard Schröder, der zwar schon einiges zu Stande gebracht hat, eine sozialistische Revolution allerdings, die einen wahren Quantensprung in der Weltgeschichte bewirkt hat, gehört nicht dazu. Somit widmet sich unsere heutige Lehrredaktion dem kubanischen Staatschef Fidel Castro Ruz.

Weil er beim ersten Versuch die Batista-Diktatur zu stürzen seinen späteren compañero und Genossen Che Guevara noch nicht dabei hatte (der wollte damals noch Arzt werden) misslang dies. Castro wurde zu lebenslanger Haft verurteilt und wanderte nach seiner Amnestierung 1955 in Richtung Mexiko aus. Schon ein Jahr später gelangten er und einige seiner GenossInnen, unter ihnen El Che, auf einem wackligen Motorboot zurück nach Kuba. Dort organisierten sie von der Sierra Maestra aus einen Guerillakampf und vertrieben schließlich am Silvesterabend des Jahres 1958 den Diktator Batista. Am 1. Januar 1959 schließlich zogen Fidel Castro und Che Guevara gemeinsam unter dem Jubel der kubanischen Arbeiter und Bauern in Havanna ein. Die Oligarchie des Landes zog sich angesichts der endgültigen Niederlage auf ihre Altenteile zurück, die meisten fanden Unterschlupf in den USA. Ab jetzt konnte den Sozialismus karibischer Prägung in seinem Lauf weder Ochs noch Yankee aufhalten. Betriebe wurden verstaatlicht, die Analphabetenrate auf fast 0 Prozent gedrückt und das kubanische Gesundheits- und Sozialsystem ist noch heute eines der besten der Welt. Trotz Wegfall der sozialistischen Entwicklungshilfe durch die UdSSR und trotz Handelsembargo erhält noch heute jedeR KubanerIn eine staatlich garantierte Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, und das ohne in irgendwelche Ich-AG's oder Personal Agent Services eingezahlt zu haben. Und solch ein sympathisch grinsender General mit menschlichem Antlitz wird mit einem dahergelaufenen niedersächsischen Tölpel verglichen, der nur deswegen Bundeskanzler werden konnte, weil es in Deutschland leider noch keine Revolution nach kubanischen Vorbild gegeben hat: Ein ziemlich dummer Vergleich, wegen dem Fidel Castro Anzeige wegen Verleumdung stellen sollte.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Tanja Tassenssen (tas), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Gerd Krauss (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

- Mensa-Plan für die Woche vom 12. bis 18. Februar -				
Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 12.2.				
Hähnchegeschnitzeltes „China Flirt“ Mit Basmatireis und Möhrenscheiben	(s) Schweineschnitzel pan.mit einer Champignon-Sahne-Sauce, dazu Penne Lisce Nudeln, Gurkensalat	Soja- Bits-Gyros mit einem Kräuter-Quark-Dip, dazu Roggenbaguette und Zucchini-Paprikagemüse	(S) Schweineschnitzel mit grüner Pfeffersauce, dazu Petersilienkartoffeln und ein Tomatensalat	Lammbraten in leichter Knoblauchsauce, Rösti und Bohnen (Beil. aus biol. kontr. Anbau)
DONNERSTAG, 13.2.				
Putenbratwurst mit einer Puztasauce, dazu Pommes Frites und ein Cole Slaw Salat	Putenschnitzel mit einer Käsesauce, dazu Blattspinat und Spaghettni	Blumenkohl-Käsemedaillon mit einer Käsesauce, dazu Vollkornnudeln und ein Blaukerngemüse	Heringsstipp mit Folienkartoffel, dazu eine Salat-Beilage	Rindersauerbraten mit Rosinensauce, dazu Kartoffelkäse und Papfelfratkohl
FREITAG, 14.2.				
Rindergulasch in einer Sauer-Rahmsauce, dazu Spätzle und ein Kolrabi-Möhrengemüse	Rinderrouladen mit einer Rotweinsauce, dazu Kartoffeln und Mixed Pickles	Pizza „Spinat“ dazu ein Salat	Lachssteak, gebraten mit holländischer Sauce, dazu Butterreis und eine Salatbeilage	Nasi -Goreng mit hühnerfleisch dazu ein Krautsalat
MONTAG, 17.2.				
(s) Linseneintopf mit Kartoffeln und frischem Wurzelgemüse, dazu Mettwurst	Fischspeiß in Eihülle mit einer Tomatensauce, dazu Pommes Frites und ein Salat	Bami-Medaillon mit einer süß-sauer Sauce, dazu Vollkornnudeln und Blumenkohl	Geflügelschnitzel mit Käse und Putenschenken gefüllt, Bratensauce, Butterreis und Blumenkohl	(S) Schweinefleisch-Spieß mit einer scharfen Pfeffersauce, Pommes frites und ein Mischsalat
DIENSTAG, 18.2.				
(S) Fleischbällchen in einer Pfeffer-Rahmsauce, dazu Brothartoffeln und Bohnensalat	Putenschnitzel mit einer Puztasauce, dazu bunte Nudeln und Lauchgemüse in Rahm	Riesen-Rösti mit Broccoli und Käse überbacken, dazu eine Käsesauce und ein Salat	(S) Schweinefleischroulade mit Gurken-Senfauce, Kartoffelkäse und Rosenkohlgemüse	Gebr. Hähnchenküle mit gefüllgelohmsauce, dazu Petersilienkartoffeln und Mischgemüse